

Medienmitteilung

Flankierende Massnahmen und Kampf gegen Schwarzarbeit

Dringend und zwingend nötig: BDP fordert rasche Umsetzung

Die BDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, die Bekämpfung der Schwarzarbeit voranzutreiben und die Flankierenden Massnahmen zu verschärfen. Die Erhöhung der Bussen auf 30'000 Franken ist aber nur ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Die BDP kann deshalb nicht verstehen, dass der Bundesrat den Rest der Vorlage im Moment sistieren will. Es besteht dringender Handlungsbedarf und es geht nicht an, dass die Verbesserungen im Vollzug und im Kampf gegen den Fachkräftemangel einmal mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Die BDP hat in der [Vernehmlassung](#) letzten Herbst Nachbesserungen gefordert, um die dringend notwendigen Fortschritte zu erreichen und Missbräuche endlich konsequent zu bekämpfen. Bereits im Sommer 2011 hat die BDP in einer [Fraktionsmotion](#) darauf aufmerksam gemacht, dass der Vollzug unbedingt verbessert werden muss. Probleme ergeben sich insbesondere durch die ungleiche Handhabung von Kontrollen und Sanktionen durch die Kantone.

In seiner Antwort 2011 auf die Fraktionsmotion hat der Bundesrat betont, dass die von der BDP geforderten Massnahmen bereits in der Umsetzung seien. Den bundesrätlichen Worten sollten nun in erster Linie endlich Taten folgen. Die BDP begrüsst deshalb die heute gestartete Vernehmlassung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und wird sich auch hier für eine rasche Umsetzung stark machen.

Wenig Verständnis hat die BDP für die Sistierung der weiteren Anpassungen der Flankierenden Massnahmen. In der Zwischenzeit sind aber zumindest die geltenden Gesetze und Vorschriften mit deutlich mehr Konsequenz umzusetzen.

Die BDP ist nach wie vor überzeugt, dass die Schweiz von der Personenfreizügigkeit und den Bilateralen Verträgen in Form von Arbeitsplätzen, Stabilität, Steuereinnahmen und Wirtschaftswachstum profitiert, was gerade in den momentan wirtschaftlichen schwierigen Zeiten sehr wichtig ist. Die BDP wird sich deshalb weiterhin gegen die Verteufelung und das Schüren von Ängsten engagieren sowie für die Einhaltung und Weiterentwicklung der flankierenden Massnahmen und den Erhalt der Bilateralen kämpfen.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Hans Grunder; 079 300 29 87

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

01.04.2015